

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 31.08.2018

Sitzungsbeginn: 16:38 Uhr **Sitzungsende:** 20:58 Uhr

Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

reguläre Mitglieder

Herr Thorsten Büchner - SPD

Herr Dominic Dehmel - SPD

Frau Myriam Hövel - SPD

Herr Schaker Hussein - SPD

Frau Alexandra Klusmann - SPD

Herr Dr. Fabio Longo - SPD

Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD

Herr Heinrich Löwer - SPD

Herr Uwe Meyer - SPD

Herr Steffen Rink - SPD

Frau Sonja Sell - SPD

Herr Ulrich Severin - SPD

Herr Matthias Simon - SPD

Frau Anna Zels - SPD

Herr Dirk Bamberger - CDU

Herr Oliver Hahn - CDU

Herr Hermann Heck - CDU

Herr Manfred Jannasch - CDU

Herr Walter Jugel - CDU

Herr Lars Küllmer - CDU

Herr Stephan Muth - CDU

Herr Roger Pfalz - CDU

Herr Mathias Range - CDU

Herr Hans-Martin Reissner - CDU

Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU

Frau Karin Schaffner - CDU

ab TOP 4

Herr Jens Seipp - CDU

Herr Jan von Ploetz - CDU

Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen

Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen

Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen

Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen

Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen

Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen

Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen

Frau Renate Bastian - Marburger Linke

Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke

Herr Jan Schalauske - Marburger Linke

Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke

Frau Inge Sturm - Marburger Linke

Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL

Frau Lisa Freitag - FDP/MBL

Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL

Herr Roland Frese - BfM

Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD

Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD

Herr Gerald Weidemann - SPD

Herr Winfried Kissel - CDU

Frau Runhild Piper - CDU

Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen

Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen

Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke

Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL

Frau Gabriele Mensing - BfM

D fN /I

Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD

Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU

Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD

Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD

Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe – SPD

Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek – SPD

Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU

Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU

Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU

Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen

Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke

Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP

Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM

- entschuldigt -

- entschuldigt -

entschuldigt -entschuldigt -

- entschuldigt -

- entschuldigt -

entschuldigt -entschuldigt -

.

- entschuldigt -

- entschuldigt -

- entschuldigt -

- entschuldigt -

Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herr Prof. Dr. Oppermann, der unter TOP 4 über die Tätigkeiten des Beirats für Stadtgestaltung berichten wird. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Für die heutige Sitzung liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor. Den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. Hilfe bei der Beseitigung von Unwetterschäden in Härtefällen (VO/6421/2018) nimmt die Stadtverordnetenversammlung als TOP 11.1 auf die Tagesordnung (siehe dazu Protokollierung unter TOP 11.1). Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betr. Kampf gegen Rechts beginnt in den Kommunen – kein Fußbreit den Faschist*innen! (VO/6423/2018) wird als TOP 11.2 ebenfalls auf die Tagesordnung gesetzt (Protokollierung siehe unter TOP 11.2).

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt im Anschluss die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2018

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2018 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 und 3 bis 15 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie steht der Magistrat zur Entscheidung des Uni-Präsidiums, strenge Aufenthaltsregeln für den alten botanischen Garten zu schaffen, insbesondere hinsichtlich des unnötigen Alkoholverbotes? Der alte botanische Garten ist durch die neue Universitätsbibliothek ein belebter Raum geworden, in dem junge Menschen sich ausruhen und ab und an ein wenig feiern. Dort gibt es weder direkte Anlieger noch sonstige Probleme. Junge Menschen brauchen öffentliche Räume, um sich aufzuhalten und auch mal ein Bierchen zu trinken. Kann sich der Magistrat vorstellen auf die Universität hinzuwirken, die Regelung zurückzunehmen, auch hinsichtlich der Belastung an der Lahn und den Lahntreppen?!

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Nein.

Wieland Stötzel Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler	
Fraktion / Partei:	FDP/MBL	

Frage:

Wie schätzt der Magistrat Ideen rechtlich ein, die vorsehen, bei Bauvorhaben zukünftiger Bewohnerschaft vorab zu untersagen, eigene PKW zu besitzen und am Wohnort zu nutzen bzw. abzustellen, und dies zur vertraglichen Grundlage bei Kauf und/oder Miete zu machen? Wäre dies v.a. mit Blick auf das Mietrecht überhaupt zulässig und wären entsprechende Vereinbarungen ggf. nichtig?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Marburg sieht in § 10 Abweichungen von der Stellplatzherstellungsverpflichtung in Richtung autofreies oder autoarmes Wohnen vor. Sie knüpft diese Abweichung u. a. an besondere Maßnahmen des Mobilitätsmanagements. Diese Bedingungen für die Abweichung werden öffentlich-rechtlich als Baulast gemäß § 75 Hessische Bauordnung (HBO) gesichert.

Sollten die mit der Abweichung verbundenen Bedingungen allerdings nicht mehr gegeben sein, tritt wieder die Verpflichtung zur Herstellung von Stellplätzen in Kraft.

Dieser Aspekt ist im Sinne der Fragestellung wichtig, da die Verantwortung für die Einhaltung der Baulast beim Bauherrn/Eigentümer verbleibt. Ein starres Verbot in Bezug auf das Halten/Besitzen eines Kfz im Mietvertrag wegen unangemessener Benachteiligung der betroffenen Mieter ist nach rechtlicher Einschätzung jedenfalls nicht durchsetzbar.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Wie werden Schüler/innen über gesundheitsschädliche bzw. gesundheitsfördernde Ernährung / Getränke (energie drinks, Zucker, fast food) in der Schule aufgeklärt und wie werden gesundheitsgefährdende Getränke ggf. über die Schulordnung reglementiert?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Ernährungsbildung ist in erster Linie eine schulische Aufgabe, die im Unterricht umgesetzt werden muss und nach Aussagen der Schulen auch umgesetzt wird.

Der Fachdienst Schule versucht außerdem mit finanziellen Unterstützungsmaßnahmen z. B. im Rahmen der Lokalen Bildungsplanung zusätzliche Angebote – wie den Ernährungsführerschein – in den Schulen zu platzieren.

In Zusammenarbeit zwischen Schulen, Cafeteriabetreibern und dem Fachdienst Schule wird immer wieder dieses Thema aufgegriffen, um den Schülerinnen und Schülern ein aus gesundheitsfördernden Elementen bestehendes Angebot nahezubringen.

Die Schulordnung liegt in der Verantwortung der Schulleitung und der Schulgemeinde.

Kirsten Dinnebier Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Wie viele Kinder und Jugendliche waren in den vergangenen Jahren aufgrund einer psychischen Erkrankung eines Elternteils in ihrem Kindeswohl gefährdet und welche Maßnahmen hat das Jugendamt zu ihrem Schutz ergriffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 57 - Soziale Dienste
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Diese Anfrage lässt sich mittels der elektronischen Auswertung der in OPEN WEB befindlichen Daten nicht beantworten. Die Kategorien wie psychische Erkrankung und auch häusliche Gewalt (frühere Anfrage) sind nicht Bestandteil der SGB VIII Statistik, bezogen auf die hiesigen Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen an das Statistische Landesamt in Wiesbaden. Dies ist auch nicht veränderbar. Es ist den Kolleginnen und Kollegen auch nicht zuzumuten neben der Arbeit mit OPEN WEB auch noch zusätzliche Statistiken zu führen. Das wäre auch völlig widersinnig bezogen auf die Abwägung von zusätzlichem Aufwand bei der Bedienung einer elektronischen Fachanwendung und deren in Aussicht gestellten Nutzen.

Diese Daten müssten also in einer Abfrage bei den ASD Fachkräften erhoben werden, die ihre entsprechenden Fälle händisch auswerten müssten. Dies ist nur mit erheblichem zusätzlichen Arbeitsaufwand zu bewerkstelligen.

Der Fachdienst Soziale Dienste unternimmt seit zwei Jahren Anstrengungen das entsprechende Auswertungstool "Kristall" anzuschaffen. Damit wären weitergehende Auswertungen des beträchtlichen Datenbestandes möglich. Die Anschaffung ist nun bis spätestens 2019 in Aussicht gestellt und es gibt aus Sicht des Fachdienstes keine Alternative hierzu.

Kirsten Dinnebier Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	BfM

Frage:

Am 20.05.2016 hat die STVV den Beschluss gefasst, dass der Magistrat die Stadtwerke mit der Prüfung beauftragt, inwieweit bei der permanenten Erneuerung der Busflotte die Umstellung auf oder die Ergänzung mit Elektro- oder Hybridantrieb-Fahrzeugen technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Was hat diese Prüfung ergeben?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Stadtwerke Marburg hat eine interne Arbeitsgruppe (AG Mobilität 2020) mit der Aufgabe betraut, Vorschläge für die Erneuerung der Busflotte zu erarbeiten. Der Bericht der Arbeitsgruppe mit einer konkreten Beschaffungsstrategie zur Erneuerung der Busflotte bis 2030 wird in Kürze den Gremien übergeben.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Welche Mitglieder des hauptamtlichen Magistrats waren an der Genehmigung für die Verlegung einer Wasserleitung im Waldweg vom Waldtal nach Bauerbach und der damit einhergehenden Entfernung des Asphaltbelages beteiligt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Anlass für die vom Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke beantragte naturschutzrechtliche Genehmigung sind die notwendigen Sanierungsarbeiten an der Trinkwasserleitung zwischen Marburg-Waldtal und Bauerbach/Lahnberge. Im Vorfeld des Antrags haben das Forstamt Kirchhain als Grundeigentümer und der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke einen Gestattungsvertrag aufgesetzt, der die Wiederherstellung des Weges nach Abschluss der Baumaßnahmen mit einer wassergebundenen Decke vorsieht.

Dieses vorabgestimmte Vorhaben wurde der Stadt Marburg (UNB) zur naturschutz- und landschaftsschutzrechtlichen Prüfung (Teile des Wegs befinden sich im LSG) und Genehmigung vorgelegt. In diesem Verfahren wurden die zuständigen Stellen - der Landkreis Marburg-Biedenkopf, FD Wasser- und Bodenschutz sowie das Forstamt Kirchhain – beteiligt.

Die naturschutzrechtliche Genehmigung des Vorhabens ist am 18. Jan. 2018 im Naturschutzbeirat diskutiert worden. An den Sitzungen des Naturschutzbeirates nehme ich regelmäßig teil. Im Anschluss erfolgte die mit dem Naturschutzbeirat abgestimmte Genehmigung des Vorhabens.

Wieland Stötzel Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	BfM

Frage:

Seit dem 31.07.2018 sind endgültig die Türen des Filmkunst-Kinos in der Oberstadt geschlossen. Auch wenn das Angebot im Kino Capitol weiterhin bestehen bleibt, stellt sich die Frage, wie es mit dem Gebäude, das in erster Linie für einen Kinobetrieb ausgerichtet ist, weiter gehen wird. Im Gespräch waren Umbaumaßnahmen in diesem denkmalgeschützten Gebäude, um die freien Flächen für Wohnungen zu nutzen. Welche weiterführenden Informationen kann der Magistrat dazu liefern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Gebäudeensemble Steinweg 4 wurde seitens des heutigen Eigentümers im Februar 2013 von der Voreigentümerin erworben. Es ist sowohl ein Einzelkulturdenkmal als auch Bestandteil der Gesamtanlage nördliche Altstadt.

Ein erster Bauantrag zu Sanierung und Umbau der Gebäude vom 15. März 2016 wurde aufgrund starker denkmalschutzrechtlicher Bedenken versagt. Im Zuge der anschließenden Abstimmungen konnte erreicht worden, dass von den bis dato drei Kinos nur die "Palette" mit eigenem Zugang (linker Gebäudeteil) hätte verbleiben können, während die beiden übrigen Kinos entkernt und zu kleinteiligen Wohneinheiten umgebaut werden sollten. Strittig war damals noch die Tauglichkeit des Dachgeschosses zur Wohnnutzung, da von Seiten der Denkmalpflege die massiven baulichen Eingriffe bei dem bauzeitlichen Dachstuhl von 1573 verweigert wurden.

Bei der vorgelegten Bestandsaufnahme durch das für den Bauantrag verantwortliche Planungsbüro vom 10.10.2017 handelte es sich um eine rein statisch-konstruktive Standfestigkeitsbetrachtung, die einzelnen bauhistorischen Umbauschritte wurden nur oberflächlich angedeutet bzw. es wurden hierzu Mutmaßungen aufgestellt. Davon unbestritten weist die Dachkonstruktion bauliche Überformungen und resultierende Folgeschäden auf, die im Zuge einer behutsamen restauratorischen Sanierung behoben werden können. Bei dem Dachstuhl von 1573, einem der ältesten im privaten Wohnbau innerhalb der Universitätsstadt Marburg, ist eine sehr behutsame und verantwortungsvolle Herangehensweie zwingend erforderlich. Zudem sind angesichts der zu erreichenden lichten Höhen nur beeinträchtigende Wohnverhältnisse zu erzielen. Aufgrund der hohen historischen Bedeutung des Dachstuhls schien dies in der Abwägung aus denkmalpflegerischer Sicht nicht in einem zu rechtfertigenden Verhältnis zu stehen.

Unabhängig davon hätten andere Schwerpunkte des Umbaus, wie z. B. der grundsätzlichen Umnutzung des großen Kinosaals in mehrere Wohneinheiten, mit entsprechenden denkmalpflegerischen Auflagen begleitet werden können. Ebenso verhält es sich grundsätzlich bei der Sanierung der straßenseitigen Obergeschosse zu Wohnraum mitsamt der entsprechenden Fassadenüberarbeitung.

Am 20. Dezember 2017 wurde ein veränderter Bauantrag eingereicht, der den Ausbau des Dachgeschosses nicht mehr beinhaltete. Aufgrund der weiterhin erwartbaren tiefgreifenden Substanzverluste wurde dieser am 18. Mai 2018 versagt. Ein Kompromiss zwischen den Bauabsichten und dem öffentlichen Interesse an der Erhaltung und dem Schutz des Kulturdenkmales ließ sich im vorliegenden Fall auch durch die Festsetzung von Bedingungen und Auflagen nicht herstellen.

Die geplanten Umbaumaßnahmen am Gebäudeensemble Steinweg 4 führen zu erheblichen Eingriffen in die denkmalgeschützte Bausubstanz des Hauptgebäudes von 1573. Einhergehen würde die Aufgabe und Zerstörung des wichtigsten Kinosaals "Kammer", der seit 1949 kontinuierlich als Lichtspielhaus in Betrieb ist und bereits in der Vorkriegszeit als "Café Quentin" ein wesentlicher kultureller Standort der Marburger Bürgerschaft und der intellektuellen politischen Szene war.

Angesichts der maßgeblichen Umbauabsichten des Kinosaals "Kammer" und des (im 2. Bauantrag reduzierten, aber später beabsichtigten) Ausbaus des Dachgeschosses, bei Neueinbau der Erschließungstreppe und Umorganisation der Obergeschossgrundrisse, ist die Baumaßnahme aufgrund der erheblichen Eingriffe und Substanzverluste im Einzelkulturdenkmal "Steinweg 4" für den Denkmalschutz nicht hinnehmbar.

Der Denkmalbeirat konnte sich bei einer Ortsbesichtigung am 6.3.2018 von den denkmalpflegerisch kaum durchführbaren Sanierungsabsichten nachhaltig überzeugen und bekräftigte seinen in früheren Sitzungen gefassten Beschluss: "Der Denkmalbeirat spricht sich gegen die Umnutzung des Kammer-Kinos aus, es soll aus sozial- und kulturgeschichtlichen Gründen erhalten bleiben".

Die dem DBR vorgelegten Pläne zur Umnutzung sowie das Gesamtvorhaben haben in der bisher vorgelegten Form keine Zustimmung erhalten.

Die Bauaufsicht hat am 24.05.2018 einen ablehnenden Bescheid erteilt.

Zum 31. Juli 2018 wurde den Betreibern des Oberstadt-Programmkinos, Herrn Hetsch in Zusammenarbeit mit Herrn Closmann als GbR, endgültig gekündigt. Die Eheleute Hetsch sind gleichsam dort wohnhaft. Das vielfach ausgezeichnete Kinoprogramm wird nun in vier Sälen im Gebäude Biegenstraße 8 fortgeführt.

Damit ein erneuter Anlauf Erfolg haben kann, muss ein in Denkmalfragen qualifiziertes Architekturbüro eine detaillierte Bestandsaufnahme und Schadensanalyse als Grundlage für einen denkmalgerechten Umbau anfertigen. Auf dieser Grundlage können substanzschonende Planungen für die grundhafte Sanierung des Gebäudes mit den Genehmigungsbehörden abgestimmt werden.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat dafür sorgen, dass so schnell wie technisch möglich in der Onleihe der Stadtbücherei zeitgemäße Datenschutz-Standards wie TLS 1.2 eingesetzt werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 44 - Stadtbücherei
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Übertragung der Anmeldedaten von Kunden der Stadtbücherei an die Systeme der Onleihe sowie die Datenübertragung zwischen der Onleihe und der Stadtbücherei erfolgen bereits seit einiger Zeit verschlüsselt per HTTPS. Es ist für den Browser jedoch nicht feststellbar, dass lediglich die Anmeldemaske auf der Seite der Onleihe als solche nur HTTP ist.

Bis spätestens Ende September sollen jedoch alle Seiten der Onleihe des Onleiheverbund Hessen auf den Datenschutzstandard HTTPS umgestellt werden.

Generell ist über die Systeme der Onleihe eine Verknüpfung von z.B. Ausleihen mit personenbezogenen Daten nicht möglich, da keine personenbezogene Datenspeicherung bei der Anmeldung erfolgt. Es werden pseudonyme Nutzer-IDs generiert, die keine Rückschlüsse auf die Identität des Nutzers ermöglichen.

Kirsten Dinnebier Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 10 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Karin Schaffner
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wie die Zuwegung des Projektierers wpd für die geplanten 3 Windkraftanlagen auf dem Höhenrücken im Wald zwischen Bortshausen, Ronhausen und Weimar-Wolfshausen aussehen und über welche städtischen Straßen bzw. Feldwege diese erfolgen wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Stadt Marburg liegt keine konkrete Anfrage für den Bau von 3 Windkraftanlagen zwischen Bortshausen, Ronhausen und Weimar-Wolfshausen und einer evtl. Zuwegung vor.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Stephan Muth
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Für wie viele Personen die in Marburg Kindergeld beantragten, wird die Kindergeldzahlung in Länder des europäischen Auslands oder in außereuropäisches Ausland gezahlt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Das Kindergeld wird von der <u>Familienkasse</u> der <u>Bundesagentur für Arbeit</u> ausbezahlt. Für Beschäftigte im <u>öffentlichen Dienst</u> gibt es eigene Familienkassen. Die Auszahlung des Kindergeldes erfolgt hier in der Regel gemeinsam mit dem <u>Arbeitsentgelt</u> oder der <u>Besoldung</u>. Es liegen der Stadtverwaltung Marburg keine Informationen vor, an wen oder wohin das Kindergeld ausgezahlt wird.

Kirsten Dinnebier Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Stephan Muth
Fraktion / Partei:	CDU

Vorwort:

Im Grundgesetz heißt es: "Die Würde des Menschen ist unantastbar"? Laut Diskussionen, Beschlüssen und Selbstverständnis von:

- 01. Deutschem Städtetag 2017,
- 02. Armutskongress 2017,

- 03. Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V.,
- 04. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.,
- 05. Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.,
- 06. Deutscher Kinderschutzbund e. V.,
- 07. Deutsches Kinderhilfswerk e. V.,
- 08. Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V.,
- 09. PRO ASYL e. V.,
- 10. Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V.,
- 11. Volkssolidarität Bundesverband e. V.

ist die Würde des Menschen als "Gesellschaft von Gleichwertigen" zu definieren.

Frage:

Was tut die Stadt Marburg dafür, nicht nur gesetzliche Mindeststandards im Bereich der sozialen und zivilgesellschaftlichen Gleichwertigkeit zu erfüllen, sondern die zunehmende und zu große Ungleichheit der Marburger Einwohner zu beheben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 4 - Arbeit, Soziales und Wohnen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Universitätsstadt Marburg führt auf der Grundlage der Hessischen Gemeindeordnung bundes- sowie landesrechtliche Normen in Selbstverwaltung aus. Darüber hinaus Beschlüsse des Magistrats sowie im Rahmen kommunaler Politikgestaltung Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung.

Die formulierte Frage des Fragestellers geht weit über den Rahmen einer Kleinen Anfrage, die nach herrschender Meinung mit vorliegenden Fakten eine präzise Antwort auf eine präzise Fragestellung geben soll, hinaus und eignet sich denkbar eher für einen Berichtsantrag.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Inwieweit ist bei den Stadtwerken Marburg die Eindeckung mit Strom für 2018 und die weiteren Jahre erfolgt und mit welcher Preisentwicklung ist zu rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Stromeindeckung für 2018 wurde bereits im Jahr 2017 abgeschlossen. Das Jahr 2019 ist mit 94 % fast vollständig eingedeckt und für 2020 liegt die Eindeckung bereits bei über 2/3 der voraussichtlich benötigten Menge.

Der bislang erzielte Durchschnittspreis bei der Beschaffung könnte auf ein stabiles Preisniveau hinauslaufen; aber eine verbindliche Aussage über die Entwicklung der Endkundenpreise ist allerdings nicht möglich, da die staatlichen und regulatorischen Preisbestandteile längst mehr als dreiviertel des Strompreises für Haushaltskunden ausmachen.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Sonja Sell
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Kann der Magistrat mitteilen, wieviele Anfragen über das DBM-Projekt "Flotte Feger" in den letzten zwölf Monaten eingegangen sind und ob sich dabei besondere Problemschwerpunkte abzeichnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Saubere Straßen sind ein wichtiger Bestandteil eines gepflegten Stadtbildes. Für das Wohlbefinden der meisten Menschen ist diese Sauberkeit unerlässlich. Der DBM ist auf den insgesamt 260 km Straße, Rad- und Fußwegen tagtäglich unterwegs, um für diese Sauberkeit zu sorgen.

Im Rahmen des Projektes "Flotte Feger" können dem DBM Verschmutzungen für die schnelle Entfernung von Abfällen im öffentlichen Raum über die Rufnummer 06421 201-1110 gemeldet werden. Es wird jedoch keine diesbezügliche Statistik über die Anzahl der Meldungen geführt.

Geschätzt erreichen den DBM durchschnittlich 2 diesbezügliche Anrufe pro Woche, somit ca. 100 Anrufe pro Jahr. Als Problemschwerpunkt kann hier insbesondere Unrat und Scherben an und nach Wochenenden rund um den Marktplatz/das Rathaus (Altstadt) genannt werden.

Standardmäßig wird der Altstadtbereich bereits an sieben Tagen in der Woche gereinigt.

Weitere Möglichkeiten, Meldungen über Verschmutzungen abzugeben, sind der Mängelmelder der Stadt Marburg, Meldungen über das Ordnungsamt, die Oberstadtwache oder die Straßenreinigung des DBM direkt.

Wieland Stötzel Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Sonja Sell
Fraktion / Partei:	SPD

Kann der Magistrat darstellen, wie viele Mängel über den Mängelmelder der Stadt in den letzten zwölf Monaten eingegangen sind und wie er mit Meldungen umgeht, die sich - sei es mangels geeigneter angebotener Kategorie oder anderen Gründen - nicht eindeutig zuordnen lassen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 13 - Presse und Öffentlichkeitsarbeit	
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies	

Stellungnahme/Antwort:

Im Zeitraum vom 1. August 2017 bis zum 1. August 2018 sind 798 Meldungen über den Mängelmelder eingegangen. Die mit Abstand meisten Meldungen betreffen mit rund 82 Prozent die drei Kategorien Straßenschäden (237), Wilder Müll (215) und Straßenlaternen (201).

Gehen dennoch Meldungen ein, die keiner der angebotenen Kategorien zuzuordnen sind oder die nicht in die Zuständigkeit des per automatischer Weiterleitung des Mängelmelders erreichten Fachdienstes fallen, werden diese dennoch bearbeitet. Der Fachdienst leitet die Meldung an die zuständigen Fachdienste weiter und benachrichtigt den Meldenden per Mail oder telefonisch. Sofern der Fachdienst selbst zuständig ist, aber eine Meldung nicht zu den aufgeführten Kategorien passt, nimmt der Fachdienst ebenfalls persönlich Kontakt mit dem Meldenden auf.

Ein Beispiel für eine solche Meldung sind überfüllte Müll- oder Altkleidercontainer. Diese werden von den Bürgerinnen und Bürgern in der Kategorie "Wilder Müll" eingereicht und gehen so beim Fachdienst Ordnung ein. Dieser leitet das Anliegen an den zuständigen Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg weiter, der den Mangel wiederum prüft, ggf. beseitigt und sich mit den Melderinnen und Meldern in Verbindung setzt. Diese Meldung erfolgt somit im direkten Kontakt mit der Bürgerin oder dem Bürger.

Eine Halbjahresauswertung Anfang 2017 ergab, dass über den Mängelmelder 70 Prozent der Mängelmeldungen "gelöst" wurden, 12 Prozent befanden sich in Bearbeitung. Unter den 18 Prozent, die als "ungelöst abgeschlossen" markiert wurden, befinden sich auch die oben skizzierten, im direkten Bürgerkontakt gelösten Fälle. Im Rahmen der Beratung über eine allgemeine Anlaufstelle für Bürger/innenanliegen werden diese Auswertung und Fragen der transparenten Darstellung Eingang finden.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk erklärt die Fragestunde damit für beendet. Die Frage Nr. 2 und 23 werden schriftlich beantwortet, die Antworten auf die Fragen Nr. 16 bis 22 sowie 24 und 25 werden nach Beendigung der Fragestunde an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 Tätigkeitsbericht des Beirates für Stadtgestaltung

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk erteilt Herrn Prof. Dr. Oppermann das Wort für seinen Bericht. Im Anschluss übernimmt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung.

Herr Prof. Oppermann stellt zunächst die Beiratsmitglieder mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation vor und erläutert kurz die Aufgaben des Beirates. Er zeigt anschließend beispielhaft vier Projekte, mit denen sich der Beirat im Berichtszeitraum befasst hat. Im Einzelnen sind dies:

- Studentenwohnheim Ecke Hermann-Jacobsohn-Weg/Weintrautstraße,
- Masterplan Taborgelände,
- Wohnbebauung Vitos-Gelände, Ecke Friedrich-Ebert-Straße/Cappeler Straße,
- Wohnungsneubau GeWoBau Marburg am Försterweg.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner dankt im Namen des Hauses Herrn Prof. Oppermann für seinen Bericht.

zu 11.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betr. Kampf gegen Rechts beginnt in den Kommunen – kein Fußbreit den Faschist*innen! Vorlage: VO/6423/2018

Der Stadtverordnete Simon begründet im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung die Dringlichkeit des Antrages, gegen die Dringlichkeit wird nicht gesprochen. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt anschließend über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen mit folgendem

Ergebnis:

Abstimmungsergebnis

einstimmig

Der Antrag wird damit als Tagesordnungspunkt 11.2 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen. Der Stadtverordnete Pfalz meldet die Aussprache an.

An der Aussprache beteiligen sich nach Aufruf des Tagesordnungspunktes die Stadtverordneten Pfalz, Kula, Göttling und Severin sowie Oberbürgermeister Dr. Spies. Während dieser übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ab 18:15 Uhr wieder die Sitzungsleitung. Nach Beendigung der Aussprache beantragt die Stadtverordnete Dr. Neuwohner die Einberufung des Ältestenrates. Dem schließen sich die Stadtverordneten Göttling und Schalauske an. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk unterbricht daraufhin die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 18:19 Uhr und beruft den Ältestenrat ein.

Um 18:45 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt. Die Stadtverordnetenvorsteherin verliest den geänderten Beschlusstenor des Antrages, auf den sich der Ältestenrat einvernehmlich verständigt hat, uns stellt diesen zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die pogromähnlichen Ausschreitungen in Chemnitz. Es ist Aufgabe des Staats alle Menschen vor Gewalt zu schützen. Zugleich beginnt der Kampf gegen Rechtsextremismus in den Kommunen. Wir sagen deshalb gemeinsam: In Marburg ist kein Platz für rechtsextremes Gedankengut! Die Aufklärung von Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens sind gemeinsame Aufgabe von Kommune und Bürgerinnen und Bürgern.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt deshalb das Engagement aller Marburgerinnen und Marburger, die ein deutliches zivilgesellschaftliches Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen.

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung eine solche Gelegenheit für alle Marburgerinnen und Marburger zu organisieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 12.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Ankauf Liegenschaft Steinweg 4 zum Erhalt des Filmkunsttheaters und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Vorlage: VO/6379/2018

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk verliest den Bericht des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Bäder. Dieser empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Auch dieser empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Der Antrag ist weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet, dass auch der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich die Ablehnung des Antrages empfiehlt. Aussprache wurde durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Bastian, Rink, Seipp, Ditschler, Bauder-Wöhr, Schmidt, Göttling, Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Schalauske und Pfalz. Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja: Marburger Linke

Nein: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Enthaltung: keine

Der Antrag ist damit abgelehnt.

zu 13.5 Veränderungen bei der Gewerbesteuer 2018 Vorlage: VO/6396/2018

Zu der Kenntnisnahme hat die Fraktion Marburger Linke im Haupt- und Finanzausschuss die Aussprache angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Schalauske, Pfalz, Seitz, Ditschler, Simon, Göttling und Rink sowie Oberbürgermeister Dr. Spies.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt im Anschluss die aktuellen Entwicklungen der Gewerbesteuer für das Jahr 2018 zur Kenntnis.

zu 5 Verleihung des Ehrentitels "Stadtältester" Vorlage: VO/6317/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Herrn Heinz Wahlers, geb. 22.09.1945, wird in Anerkennung seiner langjährigen kommunalpolitischen Verdienste um die Universitätsstadt Marburg, insbesondere des Stadtteiles Cappel, der Ehrentitel "Stadtältester" verliehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 6 Marburger Ortsrecht - Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg

Vorlage: VO/6185/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die beigefügte Neufassung der "Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg" wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

Seite: 15 von 38

zu 7 Bund-Länder-Programm Soziale Stadt-Investitionen im Quartier Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept Marburg-Ockershau-

sen/Stadtwald

Vorlage: VO/6286/2018

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung, den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften sowie den Haupt- und Finanzausschuss berichten die jeweiligen Vorsitzenden. Die genannten Ausschüsse empfehlen jeweils einstimmig die Annahme der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussvoten an und fasst folgenden Beschluss:

Das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept Marburg-Ockershausen/ Stadtwald wird als Grundlage für den Soziale Stadt-Prozess Marburg- Ockershausen/Stadtwald anerkannt und beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 8 Bund-Länder-Programm Soziale Stadt-Investitionen im Quartier Gebietserweiterung Programmgebiet Marburg-Waldtal Vorlage: VO/6288/2018

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung, den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften sowie den Haupt- und Finanzausschuss berichten die jeweiligen Ausschussvorsitzenden. Auch dieser Vorlage empfehlen die genannten Ausschüsse jeweils einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt den Ausschussempfehlungen und beschließt:

Das Fördergebiet Soziale Stadt Marburg-Waldtal wird um den östlichen Eingangsbereich "Jägertunnel" inkl. der angrenzenden Straßensituation "Alte Kasseler-Straße" erweitert.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 9 Bund-Länder-Programm Soziale Stadt-Investitionen im Quartier Freiraumplanerisch-Städtebaulicher Masterplan Marburg-Waldtal Vorlage: VO/6292/2018

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Weiterhin berichtet für den Haupt- und Finanzausschuss der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt anschließend über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Freiraumplanerisch-Städtebauliche Masterplan Marburg-Waldtal wird als städtebauliche und fachliche Grundlage für den Soziale Stadt-Prozess Marburg-Waldtal und das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept Marburg-Waldtal anerkannt und

beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 10 "800 Jahre Marburg"

Vorlage: VO/6398/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Ausschussempfehlung an und beschließt:

Aus Anlass des 800. Jubiläums der Verleihung von Stadtrechten an die Universitätsstadt Marburg wird die Stadt Marburg im Jahre 2022 eine angemessene und geeignete Feierlichkeit unter breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft durchführen.

Der Magistrat setzt dazu zunächst eine interne Arbeitsgruppe ein, deren Auftrag ist, eine entsprechende Konzeption zu entwickeln. Die Konzeption soll eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und aller interessierten Institutionen, Verbände, Vereine, Träger öffentlicher Belange und privater Unternehmungen vorsehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 11 Dringlichkeitsanträge

zu 11.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr.: Hilfe bei der

Beseitigung von Unwetterschäden in Härtefällen

Vorlage: VO/6421/2018

Die Stadtverordnete Lotz-Halilovic begründet unter TOP 1 im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung die Dringlichkeit des Antrages, dagegen wird nicht gesprochen.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt anschließend über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei

Nein: FDP/MBL Enthaltung: keine

Das nach § 58 HGO für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ist damit erreicht, der Antrag wird als TOP 11.1 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat der Stadt Marburg soll prüfen, inwieweit er Bürger/innen mit Wohnberechtigungsschein, die von Schäden durch Unwetter (vollgelaufene Keller) betroffen sind, bei der Beseitigung (Ersatz notwendiger Geräte wie Waschmaschinen usw.) eine finanzielle Unterstützung gewähren kann.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei

Nein: FDP/MBL Enthaltung: keine

zu 12 Anträge der Fraktionen

zu 12.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN betr.: Hessisches Ausfüh-

rungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz

Vorlage: VO/6219/2018

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Die Ziffern 1 und 2 des Antrages wurden dort durch die antragstellende Fraktion für erledigt erklärt. Die Ziffer 3 wurde getrennt abgestimmt. Ziffer 3 ohne die Buchstaben a), b) und c) empfiehlt der Ausschuss bei Enthaltung der BfM einstimmig die Annahme, den Ziffern a), b) und c) mehrheitlich die Ablehnung.

Stadtverordnetenvorsteherin ruft die Ziffer 3 des Antrages ebenfalls getrennt zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, in Vorbereitung auf eine solche gesetzliche Regelung im Ausführungsgesetz gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf ein arbeitsfähiges Koordinationsgremium (bei dem möglichst auch schon der LWV beteiligt sein soll, wie auch die Freien Träger der Behindertenhilfe, die Arbeitsverwaltung, die Jugendhilfe, Vertreter der behinderten Menschen usw.) zu initiieren.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei

Nein: keine Enthaltung: FDP/MBL

Es folgt die Abstimmung der Punkte a), b) und c) unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages mit folgendem Ergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke

Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM

Enthaltung: Piratenpartei

Die Punkte a), b) und c) unter Ziffer 3 sind damit abgelehnt.

zu 12.2 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Erstellung einer Liste aller öffentlichen

Spielplätze in Marburg mit einer Zustandserfassung

Vorlage: VO/6294/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss in einen Prüfantrag geändert.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die in einen Prüfantrag geänderte Fassung des An-

trages, die allen Stadtverordneten vorliegt, abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1. Wie viele öffentliche Spielplätze (inkl. derer auf städtischen Schulgeländen) gibt es in Marburg, wie wird die Zustandserfassung und das jeweilige Ergebnis dokumentiert und wie war das letzte Ergebnis der Prüfung.
- 2. Zudem wird darum gebeten pro Spielplatz anzugeben, welche Maßnahmen bereits geplant sind, wie es um einen barrierefreien Zugang bestellt ist und in welchen Intervallen Sicht- und Funktionskontrollen erfolgen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 12.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. vertikale Gärten Vorlage: VO/6312/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die geänderte Fassung ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls einstimmig dem Antrag zuzustimmen. Die SPD-Fraktion ist im Ausschuss dem Antrag in der geänderten Version beigetreten.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk stellt die geänderte Fassung des Antrages, die allen Stadtverordneten vorliegt, zu Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine fachgerechte Dach- und Fassadenbegrünung an städtischen Gebäuden, sofern diese nicht unter Denkmalschutz stehen, möglich ist.

Des Weiteren wird gebeten zu prüfen, inwieweit in Absprache mit den Stadtwerken bei den von ihnen betriebenen Parkplätzen (zum Beispiel Parkhaus Pilgrimstein) und/oder Parkraum und anderen Tochterunternehmen der Stadt ebenso eine fachgerechte Dachund Fassadenbegrünung in Kombination mit dem Einsatz von Solartechnik möglich ist.

Im zweiten Schritt wird der Magistrat gebeten, daraus ein kommunales Dach- und Fassadenbegrünungskonzept zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 12.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Verkehrssicherheit am Ortenberg und in Ockershausen herstellen Vorlage: VO/6313/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückgestellt.

zu 12.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. sichere Schulwege Vorlage: VO/6314/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder zur Stellungnahme an das Kinder- und Jugendparlament verwiesen.

zu 12.6 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr. "Waldstraße" zwischen Waldtal und Bauerbach/Ginseldorf

Vorlage: VO/6361/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Dort wurde getrennte Abstimmung der Absätze beantragt. Absatz 1 und 2 empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich, dem Absatz 3 einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt ebenfalls getrennt über die Absätze abstimmen. Es folgt zunächst die Abstimmung über die Absätze 1 und 2.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, sich für den Erhalt der Waldstraße als Radverkehrsverbindung zwischen dem Waldtal und den Lahnbergen zwischen Bauerbach und Ginseldorf in mindestens bisheriger Qualität nachdrücklich einzusetzen.

Dazu soll der Magistrat unverzüglich Gespräche mit dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung mit dem Ziel aufnehmen, diesen wichtigen Bestandteil des hessischen Radwegenetzes in bisheriger Qualität zu erhalten.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein: B90/Die Grünen

Enthaltung: keine

Es folgt die Abstimmung über Absatz 3.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Darüber hinaus ist der Weg unverzüglich in die Marburger Radverkehrsplanung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 12.7 Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bürger für Marburg betr.

Anerkennung der Leistungen der Einsatzkräfte

Vorlage: VO/6362/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde dort getrennt abgestimmt. Absatz 1 des Antrages empfiehlt der Ausschuss einstimmig, Absatz 2 mehrheitlich die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die Absätze 1 und 2 des Antrages ebenfalls getrennt zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung erkennt die außergewöhnlichen Leistungen der Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und anderen Organisationen, die mit Aufgaben der Sicherheit und Ordnung betraut sind, an, wie sie beispielsweise bei den jüngsten Unwettern in Marburg geleistet wurden. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt Gewalt und Behinderungen bei der Arbeit der Einsatzkräfte, wie sie auch aus Marburg berichtet wurden.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein: keine

Enthaltung: B90/Die Grünen

Es folgt die Abstimmung über Absatz 2:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, mit geeigneten Maßnahmen für ein Klima der Anerkennung und Unterstützung der Einsatzkräfte zu sorgen.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM

Nein: keine

Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei

zu 12.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkauf von Energy-Drinks an Kinder und Jugendliche verbieten

Vorlage: VO/6367/2018

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages.

Der Antrag ist weiterhin im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder vorberaten worden. Es berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Seitz. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ruft anschließend den Antrag in der im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder geänderten Fassung, die allen Stadtverordneten vorliegt, zur Abstimmung auf, da es sich hier um die weitergehende Fassung des Antrages handelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

- Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt und begrüßt die Bemühungen des Stadtelternbeirates und des Kinder- und Jugendparlaments über die Gefahren von Energy-Drinks aufzuklären und bittet die Schulkonferenzen, ein entsprechendes Verbot in der Schulordnung wohlwollend zu prüfen und aufzunehmen.
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die Bemühungen des Stadtelternbeirates weiterhin aktiv zu unterstützten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich bei der Bundesregierung für eine Ergänzung des Jugendschutzgesetzes einzusetzen, um den Verkauf von Energy-Drinks an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zu verbieten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 12.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Wasserressourcen schonen und Menschenrecht auf Wasser verwirklichen

Vorlage: VO/6368/2018

Der Antrag wurde durch den Haupt- und Finanzausschuss zur Vorberatung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr sowie den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung verwiesen.

Antrag FDP/MBL-Fraktion betr. Lärmschutz bei der Vermietung von Bürgerzu 12.10

häusern

Vorlage: VO/6372/2018

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wie es um den Lärmschutz bei der Vermietung der Bürgerhäuser bestellt ist. Wer sorgt bei Vermietungen für die Einhaltung des Lärmschutzes der Anwohner? Wo gibt oder gab es Probleme?

Zudem wird der Magistrat gebeten, zu prüfen, wie der Lärmschutz vor allem in den Abendstunden verbessert werden könnte.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM

Nein: keine

Enthaltung: Piratenpartei

Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Ergänzung des Mängelmelders um "Grafzu 12.11

fiti an öffentlichen Gebäuden", "Grünschnitt an öffentlichen Flächen", "Bar-

rierefreiheit" und "Sonstiges" sowie "mangelhafte Beleuchtung"

Vorlage: VO/6373/2018

Der Antrag wurde im Ältestenrat durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen, er wird gegebenenfalls neu eingebracht.

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Erhalt der filmkulturellen Vielfalt in zu 12.12

Marburg

Vorlage: VO/6378/2018

Der Stadtverordnete Göttling zieht den Antrag für die antragstellende Fraktion zurück.

zu 12.14 Antrag der Fraktionen von BfM, SPD und CDU betr. Aufklärungsoffensive zur

Vermeidung von Plastikmüll Vorlage: VO/6381/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Ausschussempfehlung an und beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, nach Möglichkeiten zusammen mit dem Landkreis Marburg eine Aufklärungsoffensive zu entwickeln und umzusetzen, um jeden Einzelnen, Bildungseinrichtungen und Firmen sowie weitere Institutionen und Einrichtungen konsequent über die Auswirkungen von Plastikmüll auf unseren Planeten und unsere Gesundheit zu informieren und was jeder dazu beitragen kann, Plastikmüll im Kleinen und Großen zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 12.15 Antrag der Fraktion B90/die Grünen betr.: Kommunale Strategie zur nachhal-

tigen Reduzierung des Eintrags von Mikroplastik in lokale Fließgewässer

und Böden

Vorlage: VO/6382/2018

Der Antrag wurde durch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückgestellt.

zu 12.16 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Plastikverpackungen raus aus Mar-

burg

Vorlage: VO/6383/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern, für den Haupt- und Finanzausschuss dessen Vorsitzender, der Stadtverordnete Pfalz. Beide Ausschüsse empfehlen einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussvoten an und beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, bisher gemachte Fortschritte und Initiativen zu unterstützen und die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot von Plastiktüten und -verpackungen sowie Plastikgeschirr durch städtische Satzungen zu prüfen und potenziell vorhandene Rechtsetzungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei

Nein: keine Enthaltung: FDP/MBL

zu 12.17 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Schlafampeln in Marburg Vorlage: VO/6386/2018

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, bei welchen Ampelanlagen im

Stadtgebiet es aus verkehrstechnischer Sicht Sinn macht, diese als Bedarfsampeln (sog. Schlafampeln) umzurüsten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

zu 12.18 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Das Deserteurs-Denkmal sichtbar machen Vorlage: VO/6387/2018

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadtverordneter Seitz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Deserteurs-Denkmal in der Frankfurter Straße stärker öffentlich wahrnehmbar zu gestalten und der Stadtverordnetenversammlung dazu einen Entwurf vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Nein: CDU Enthaltung: keine

zu 12.19 Antrag der CDU-Fraktion betr. KOMPASS-Teilnahme der Stadt Marburg Vorlage: VO/6397/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, eine Teilnahme am Kommunalprogramm Sicherheitssiegel (KOMPASS) des Landes Hessen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM Nein: Marburger Linke, Piratenpartei

Enthaltung: FDP/MBL

zu 13 Kenntnisnahmen

zu 13.1 Vollzug des Haushaltsplans 2018

hier: Monatsbericht und Budgetbericht

Vorlage: VO/6316/2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2018 sowie die Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 31.05.2018 zur Kenntnis.

zu 13.2 Verordnung über die Zuständigkeiten der Ausländerbehörden und zur Durchführung des Aufenthalts- und Asylgesetzes Vorlage: VO/6322/2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgenden Sachverhalt zur Kenntnis:

Zum 01.07.2018 tritt die neue "Verordnung über die Zuständigkeiten der Ausländerbehörden und zur Durchführung des Aufenthalts- und Asylgesetzes" in Kraft.

Diese Verordnung regelt vor allem die Zuständigkeit der Regierungspräsidien für Aufgaben zur Durchsetzung der Ausreisepflicht, die bisher den kommunalen Ausländerbehörden zugewiesen waren, neu. D. h. mit der Hochzonung auf Regierungspräsidiumsebene ab 01.07.2018 hat die Ausländerbehörde der Stadt Marburg keinerlei Einfluss mehr auf Abschiebungen. Konkret werden mit dieser neuen Verordnung ca. 15-20 aktuell in Marburg lebende Ausreisepflichtige in den Zuständigkeitsbereich des Regierungspräsidiums Gießen übergehen.

Für Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber/innen war bisher schon das Regierungspräsidium Gießen zuständig. Dies bleibt auch in Zukunft so bestehen.

Auch die Entscheidungen über die Ausstellung von Duldungen bedürfen zukünftig der vorherigen Zustimmung durch das Regierungspräsidium Gießen.

zu 13.3 Vollzug des Haushaltsplans 2018

hier: Monatsbericht und Budgetbericht

Vorlage: VO/6343/2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der vorliegenden Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2018 sowie der Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 30.06.2018 Kenntnis.

zu 13.4 Vollzug des Haushaltsplans 2018

hier: Monatsbericht und Budgetbericht

Vorlage: VO/6364/2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2018 sowie die Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 31.07.2018 zur Kenntnis.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist damit abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:58 Uhr.

Marburg, 12.09.2018

Marianne Wölk

Stadtverordnetenvorsteherin Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz Vorsitzender der CDU-Fraktion Lothar Sprenger Protokoll

Matthias Simon

Anlagen: Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 2 und 16 bis 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Hanke F. Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Wohnfläche pro Kopf in Marburg verändert?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsent- wicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Wohnfläche pro Kopf hat sich in Marburg in den letzten Jahren wie folgt verändert. Zudem sind weiter unten die Vergleichszahlen aus Gießen aufgeführt.

Wohn	fläche pro K	opf in Marl	ourg **)		
Jahr	Wohnflä- che in qm	Einwoh- ner (al- le)	Einwohner (nur Haupt- sitz)	Wohnfläche qm/Einwoh- ner alle	Wohnfläche qm/Einwoh- ner nur Hauptsitz
2017	33.167	76.752	75.300	43,2	44,0
2016	32.998	77.090	73.696	42,8	44,8
2015	32.865	77.805	73.131	42,2	44,9
2014	32.629	77.233	72.481	42,2	45,0
2013	32.455	74.465	72.570	43,6	44,7
2012	32.365	77.079	77.079	42,0	42,0

Wohnfläche pro Kopf in Gießen **				
Jahr	Wohnflä- che in qm	Einwoh- ner (nur Haupt- sitz)	Wohnflä- che/ Ein- wohner nur Hauptsitz	
2017	35.077	*)		
2016	34.629	86.543	40,01363484	
2015	34.152	84.455	40,43810313	
2014	33.944	83.280	40,75888569	
2013	33.576	77.733	43,19401027	
2012	34.150	76.680	44,53573292	

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

- *) Die Einwohnerzahlen für die Universitätsstadt Gießen für das Jahr 2017 werden erst Ende August vom Statistischen Landesamt veröffentlicht.
- **) Die Wohnflächen beziehen sich nur auf die Wohngebäude. Der baurechtliche Begriff Wohngebäude bezeichnet ein Gebäude, das vornehmlich zum Wohnen dient. Demnach sind Nichtwohngebäude Gebäude, in denen sich mehr als die Hälfte der Gesamtnutzfläche Nichtwohnzwecken dient. Die Nutzfläche ist in der DIN 277 definiert. Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, Reihe 3, 2011, Seite 3.

Seite: 28 von 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie viele Euros pro Marburger Einwohner*in wurden im Jahr 2016 für den Autoverkehr einerseits und den Radverkehr andererseits ausgegeben? Wie sehen die Schätzungen für 2017 aus?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 60 - Bauverwaltung und Vermessung	
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel	

Stellungnahme/Antwort:

Leistungen für den Rad- und Kraftfahrzeugverkehr werden in unterschiedlichen Fachdiensten erbracht (z. B. FDe 15, 33, 61, 66). Daher ist es praktisch nicht möglich, eine genaue Zuordnung der Kosten, insbesondere der Personalkosten, vorzunehmen. Im Folgenden wird daher der Fokus auf die vom FD 66 Tiefbau finanzierten oder betreuten Maßnahmen gelegt. Personalkosten, Abschreibungen und sonstige Sachkosten wurden dabei über einen Längenschlüssel aufgeteilt. Ein Flächenschlüssel war in der Kürze der Zeit nicht zu ermitteln. Im Übrigen werden viele Radverkehrsanlagen wie Schutz- oder Radfahrstreifen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen angelegt und nicht separat als Radverkehrsanlage abgerechnet bzw. verbucht. Die ermittelten Unterhaltungs- und Investitionskosten für Radverkehrsanlagen beziehen sich daher in erster Linie auf baulich getrennte Fuß- und Radwege. Straßen mit gemischter Nutzung für Kfz, Lkw, Busse, Fuß- und Radverkehr sind im Stadtgebiet sechs- bis siebenmal so lang wie reine Radwege.

Im Jahr 2016 hatte die Stadt Marburg 73.894 und im Jahr 2017 75.327 gemeldete Personen.

Unterhaltungs- und Investitions- kosten pro EW	2016	2017
Radverkehrsanlagen	17,71 € / EW	14,01 € / EW
Straßen mit gemischter Nutzung	98,55 € / EW	102,37 € / EW

Für das Jahr 2018 werden für den Radverkehr höhere Ausgaben als in den Jahren 2016 und 2017 erwartet. Dies hängt mit den Kosten für Neubaumaßnahmen wie dem Radweg Michelbach – Görzhäuser Hof und der Radstätte am Radweg Deutsche Einheit zusammen.

Wieland Stötzel Bürgermeister

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

In der OP-vom 14. August war zu lesen, dass einer Medizinstudentin der Durchgang durch den Jägertunnel von Sicherheitskräften verweigert wurde, da die Stadtspitze gerade dabei sei, der Öffentlichkeit die Überwachungstechnik, ein System, das die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Passanten erhöhen solle, vorzustellen, Störungen seien nicht erwünscht!!! So musste die Medizinstudentin gezwungenermaßen einen langen Umweg nehmen und hätte fast ihre Examensprüfung verpasst.

War die Sperrung des Tunnels der Öffentlichkeit vorher angekündigt, gab es entsprechende Aushänge, und warum ging die Stadtspitze davon aus, dass Bürger*innen bzw. Passant*innen die Stadtspitze bei der Präsentation stören?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Jägertunnel war während des etwa einstündigen Pressetermins selbstverständlich <u>nicht</u> gesperrt. Vielmehr konnten Passanten und Radfahrer ihn durchqueren. Schätzungsweise 30 bis 40 Personen sind in dem Zeitraum durch den Jägertunnel gegangen. Neben dem Bürgermeister und Ordnungsdezernenten, den Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Fachdienste sowie mehreren Kamera- und Rundfunkteams war auch die Ordnungspolizei beim Termin anwesend, um den Fahrradverkehr bei der Einfahrt in den Tunnel über die ungewöhnlich große Anzahl von Personen im Tunnel vorzubereiten.

Während der Rede des Bürgermeisters im Tunnel zu Beginn der Pressekonferenz, die drei Film- und mindestens zwei Rundfunkteams aufzeichneten, wurden die Passantinnen und Passanten gebeten, kurz zu warten. Teilweise wurden sie auch mit der Bitte, aus Rücksicht auf die laufenden Film- und Tonaufnahmen leise zu sein, am Rand des Pressekonferenz-Geschehens durch den Tunnel geleitet. Dafür zeigten fast alle Passantinnen und Passanten Verständnis.

Zwischenzeitlich hatte die Stadt mit der betroffenen Studentin Kontakt. Sie bezeichnete die Situation als "in dem Moment schon ein bisschen blöd, aber alles halb so wild und nicht so schlimm." Die OP hat vor der Darstellung in der Zeitung keinen Kontakt mit dem Magistrat aufgenommen, um den tatsächlichen Hergang zu recherchieren. Der Autor der Kolumne war bei der Veranstaltung nicht anwesend und kann den Sachverhalt auch nicht persönlich beobachtet haben.

Wieland Stötzel Bürgermeister

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Was kostet das Gerüst an der Elisabeth Schule, das seit Mitte der Sommerferien (2018) in Hoffnung auf baldigen Baubeginn angebracht wurde und wann ist mit einem tatsächlichen Baubeginn zu rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Höhe der derzeitigen Beauftragung für das Fassadengerüst beträgt brutto 31.419,09 €. Der Beginn der für den Bauablauf zunächst erforderlichen Betonsanierungsarbeiten ist für den 24.09.2018 geplant. Dieser Termin steht jedoch unter dem Vorbehalt eines erfolgreichen Vergabeverfahrens.

Wieland Stötzel Bürgermeister

Seite: 31 von 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Dr. Michael Weber
Fraktion / Partei:	Piratenpartei

Frage:

Wie hoch werden die Kosten für die Dokumentation sämtlicher historisch relevanten Teile des Grüner Wehrs, durchgeführt nach archäologische Standards, veranschlagt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Für eine archäologische Untersuchung müssten ca. 1/3 des Wehres abgetragen und anschließend wieder aufgebaut werden. Damit ist gewährleistet, dass nicht zufällig eine Reparaturstelle untersucht wird. Aus Zeitgründen kann die Untersuchung nicht zusammen mit einer Sanierung/Erneuerung außerhalb der Hochwassersaison durchgeführt werden. Einschließlich Baustraße, Rodungsarbeiten, Ausgleichmaßnahmen, Eingriffsminimierung und Baugrubenspundung, werden dafür ca. 1,3 Mio. € benötigt. Hinzukommen die archäologische Fachbegleitung und Ingenieurleistungen von mindestens 200.000 €.

Wieland Stötzel Bürgermeister

Seite: 32 von 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Bei einer Geschwindigkeit unter 30 km/h sind Elektrofahrzeuge besonders für Menschen mit Blindheit und Sehbehinderungen, aber auch für ältere Personen, nur noch schwer oder kaum wahrzunehmen. Aus diesen Grund gibt es ein sogenanntes AVAS-System (acoustic vehicle alert system), das wahrnehmbare Geräusche erzeugt, damit das Fahrzeug überhaupt gehört werden kann. Verfügen die Elektroautos, die von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung genutzt werden, über ein solches AVAS-System und wird es auch angewendet? Zum Hintergrund: Leider kann dieses System auch ausgeschaltet werden.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Europäische Union hat im April 2014 eine Richtlinie erlassen, welche die verbindliche Einführung des Akustischen Fahrzeugwarnsystems (Acoustic Vehicle Alerting System, AVAS) für Hybridelektro- und reine Elektrofahrzeuge bis 1. Juli 2019 vorsieht. Ab diesem Zeitpunkt müssen alle Modelle, die gänzlich neu auf den Markt kommen, mit dem Warnsystem ausgestattet sein. Ab dem 1. Juli 2020 gilt diese Regelung auch für alle Modelle, die schon vor dem Stichtag auf dem Markt waren und neu verkauft werden. Die Fahrzeuge mit AVAS müssen nach dieser Richtlinie zusätzlich mit einem leicht erreichbaren Schalter ausgestattet sein, über den das AVAS deaktiviert werden kann.

Die von der Stadtverwaltung genutzten Elektrofahrzeuge verfügen nur teilweise über ein solches AVAS-Warnsystem.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Marburg wurden im März 2018 darauf hingewiesen, dass bei der Anschaffung von Elektrofahrzeugen darauf zu achten ist, dass diese mit einem AVAS-Warnsystem ausgestattet sind. In diesem Zusammenhang wurden die Fachdienste angewiesen, dafür Sorge zu tragen, dass die Schalter für das Warnsystem nie ausgeschaltet werden.

Da es sich bei den in der Stadtverwaltung eingesetzten Fahrzeugen grundsätzlich um Leasing-Fahrzeuge handelt, ist aufgrund der vorgenannten Regelungen davon auszugehen, dass der städtische Elektro-Fuhrpark sukzessive auf Fahrzeuge mit dem AVAS-System umgestellt wird.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr	
Fraktion / Partei:	Marburger Linke	

Frage:

Kann der Magistrat der Universitätsstadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ab wann das Gutachten Grüner Wehr in Auftrag gegeben wird / wurde und ab wann mit der Vorstellung der Ergebnisse gerechnet werden kann?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Bevor das Interessenbekundungsverfahren für das Gutachten eingeleitet wird, soll in Absprache mit der Bürgerinitiative Grüner Wehr, eine Archivrecherche durchgeführt werden. Diese Recherche, die Aussagen über den Aufbau des Wehres liefern kann, wird von führenden Wasserhistorikern dringend empfohlen. Unter Umständen können damit weitere teure und zerstörende Untersuchungen am Bauwerk selbst vermieden werden.

Mit der Recherche wurde in der 33. KW das Institut für Bauwerksuntersuchungen und Dokumentation (IBD) beauftragt. Mit Ergebnissen wird ab Mitte September gerechnet. Danach kann das Vergabeverfahren für die Gutachterleistungen gestartet werden. Die Beauftragung des Gutachtens ist voraussichtlich im November 2018 möglich. Beim Zeitplan für das Gutachten selbst hängt es entscheidend davon ab, ob weitere Untersuchungen am Bauwerk erforderlich werden. In den Wintermonaten (Hochwassersaison) können keine Untersuchungen vor Ort stattfinden.

Wieland Stötzel Bürgermeist

Seite: 34 von 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat der Universitätsstadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob im Zuge der Sanierungsarbeiten an der Weidenhäuser Brücke bisher alles nach Plan verläuft, insbesondere was zusätzlich entstandene Kosten betrifft, diese bitte detailliert aufschlüsseln und wer dafür aufkommt, zudem sind statische Problemstellungen der Brücke bekannt geworden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Arbeitsschritte zur Instandsetzung der Weidenhäuser Brücke werden im Wesentlichen wie geplant ausgeführt. Vom zeitlichen Verlauf liegen die Arbeiten jedoch hinter dem Zeitplan zurück. Nicht zuletzt die besonderen Wetterlagen in diesem Jahr mit strengem Frost zu Baubeginn, Starkregen und Hochwasser im Frühjahr zur Zeit der Wasserhaltung, anhaltende Hitze in den Sommermonaten haben die Arbeitsabläufe auf der Baustelle erschwert. Beim Rückbau von Fahrbahn und Auffüllung wurde am östlichen Brückenbogen eine Höhendifferenz zu den Bestandsplänen festgestellt. Diese war so groß, dass die Statik für den Aufbeton neu gerechnet und neue Bewehrungspläne gezeichnet und geprüft werden mussten. Dies hat zu erheblichen Verzögerungen geführt. Insgesamt besteht derzeit jedoch die Erwartung, dass die Fertigstellung im Spätsommer 2019 nicht gefährdet ist. Die Mehrkosten für die Erschwernisse bei der Wasserhaltung und die Planänderungen sind von der Stadt zu tragen. Die daraus resultierenden Kosten können noch nicht abschließend beziffert werden.

Wieland Stötzel Bürgermeister

Seite: 35 von 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Hanke Bokelmann	
Fraktion / Partei:	FDP/MBL	

Frage:

Mit welcher Begründung bleiben auch nach Ende der zweiwöchigen Baustelle in der östlichen Bahnhofstraße die gelben Fahrbahnmarkierungen bestehen? Hierdurch fallen Parkplätze weg und für den Radverkehr kommt es zu Behinderungen.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die gelben Fahrbahnmarkierungen im Zusammenhang mit der Baustelle in der östlichen Bahnhofstraße in den Sommerferien wurden nach Beendigung der Maßnahme komplett entfernt.

Die vorhandene gelbe Markierung in der Bahnhofstraße vor der Elisabethbrücke erfolgte im Rahmen der Sperrung der Weidenhäuser Brücke. Durch die geänderte Markierung mit der vorübergehenden Entfernung der letzten beiden Parkplätze wird ein verbesserter Verkehrsfluss erreicht, da die Rechtsabbieger in Richtung Krummbogen bei einem Rückstau bereits an dieser Stelle an den wartenden in Richtung Ernst-Giller-Straße orientierten Fahrzeugen vorbeifahren können.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Seite: 36 von 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Die Universitätsstadt Marburg hat in 2017 ein Förderprogramm "Marburgs grüne Dächer" ins Leben gerufen. Bis Dezember 2017 konnten sie Bürger*innen Marburgs dafür bewerben. Wieviel Marburger*innen haben sich beworben und wie viel Geld wurde dafür bereitgestellt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Es haben sich 2017 13 Bürgerinnen und Bürger für einen Gründach-Zuschuss beworben. Ein Antrag musste vom Antragssteller zurückgezogen werden, da es unerwartete Probleme bei der technischen Umsetzung gab.

Die 12 anderen Projekte konnten alle gefördert werden. Die Summe aller ausgezahlten Zuschüsse betrug 18.844,13 Euro.

Wieland Stötzel Bürgermeister

Seite: 37 von 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31. August 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wann wird mit der Realisierung des Siegerentwurfs "Verblendung" aus dem Kunstwettbewerb für die Gedenkinstallation für die Opfer der Marburger Jäger im Schülerpark begonnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Bedingt durch die erforderlichen Planungen, Ausschreibungen, Vergaben und die dann anstehende Fundamentierung sowie die wetterbedingten Bodenverhältnisse ist vor Frühjahr 2019 nicht mit einem Baubeginn zu rechnen.

Dr. Thomas Spies Oberbürgermeister

Seite: 38 von 38